Nr. 333 AXVI. Jahrgang

Dienstag, 3. Dezember 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffer- und Auskunftanzeigen 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Beilagegebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Annahme und Befestigung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserm Tarifsätzen an.

Bezugspreis: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Bestellung in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 1.92, vierteljährl. Kr. 6.0; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.40, „ „ 7.40
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Londoner Beratungen über die Friedensbedingungen

Die Friedensbesprechungen

Wilsons Vorbereitungen, die Friedenskonferenz zu besuchen, sind, wie der amerikanische Pressedienst in der Schweiz aus Washington meldet, beendet. Wilson richtet sich Anfang nächster Woche auf dem Linienschiff „George Washington" ein. Die Pariser Information bestätigt die Londoner Meldung des „Matin" und des „Temps", wonach es keine Konferenz geben soll, in der die Entente mit den Deutschen über die von den Alliierten ausgearbeiteten Bedingungen verhandeln würde. Die Information will ferner aus London erfahren, daß der internationale Friedenskongreß am 6. Dezember seine Arbeiten in Paris beginnen will. Fünf bis sechs Wochen sollen zur Regelung aller Fragen genügen. Man glaubt, daß der Friedensvertrag von den interessierten Mächten im Laufe des Februar ratifiziert werden kann. — Ueber die Haltung der Entente, die durchaus noch nicht einheitlich zu sein scheint, wird von den verschiedensten Seiten berichtet:

+ **Lugano, 2. Dezember.** (Priv.-Tel.) Laut der römischen Tagesz.-tung „Epoca" werden sich die Arbeiten des Friedenskongresses in drei Phasen teilen. Zuerst wird unter den Verbündeten eine Erörterung der verschiedenen Vorfragen, besonders des südslawischen Problems und der russischen Fragen, stattfinden. Mitte Dezember werden in Paris die Chefs der Ententeregierungen zur Bestimmung und Unterzeichnung der Präliminarverträge zusammentreten. Zuletzt wird die allgemeine Friedenskonferenz abgehalten werden, die alle Fragen, die wirtschaftlichen inbegriffen, regeln wird.

+ **Rotterdam, 2. Dezember.** (Priv.-Tel.) Foch, General Wilson, Orlando und Sonnino trafen gestern nachmittag in London ein, am Bahnhof vom Herzog von Connaught, Lloyd George, Bonar Law und den übrigen Mitgliedern des Kriegskabinetts sowie den Botschaftern von Frankreich und Italien erwartet. Nachdem Foch eine halbstündige Unterredung mit Lloyd George und den übrigen Mitgliedern des Kriegskabinetts hatte, stattete er der Königin einen Besuch ab. — Man erwartet in Frankreich die Ankunft Wilsons zwischen dem 9. und 11. Dezember. Die sozialistische Confédération Générale du Travail bereitet für ihn in Paris eine grandiose Volkskundgebung vor. „Populaire" kündigt für den 7. Dezember eine Spezialnummer des Blattes an, die der deutschen Revolution gewidmet sein wird.

+ **Zürich, 2. Dezember.** (Priv.-Tel.) Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet aus Paris: In der letzten Woche traten die Premierminister Englands, Frankreichs, Italiens und die Vertreter der Vereinigten Staaten in London zusammen, um die Vorbesprechungen über die Friedensmethoden für Deutschland zu beraten. Der Ideenaustausch mit den andern befreundeten Staaten wie den Tschecho-Slowaken wird folgen. Zur Teilnahme an dem Friedenskongreß werden außer Clemenceau noch Briand und Bourgeois genannt. Die Bedingungen werden der Reihe nach für die verschiedenen Länder erledigt werden. Wegen der Haltung Deutsch-Oesterreichs, der inneren Krise und der separatistischen Tendenzen wird der Friede mit Deutschland als dringend bezeichnet.

☞ **Rotterdam, 1. Dezember.** (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Nach Londoner Blättermeldungen werden zwischen Frankreich und England zur Zeit endgültige Verhandlungen über die Zukunft der Rhein-Provinzen und die von Foch angeratenen militärischen Sicherungen Frankreichs gepflogen.

K. **Genf, 2. Dezember.** (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Homme libre" schreibt, die Entente habe ihren Willen dahin betundet, daß das linke Rheinufer nicht bei Frankreich zu belassen sei. Für imperialistische Eroberungen gebe sich die jetzige französische Regierung nicht her.

× **Haag, 1. Dezember.** „British News" schreiben: „Wenn die bolschewistische Gefahr in Deutschland wirklich besteht und von der deutschen Regierung nicht unterdrückt werden kann, so muß sie die Entente durch völlige Besetzung Deutschlands begegnen. Wie eine giftige Schlange wird Deutschland ungefährlich werden, wenn ihm jeder Giftzahn ausgezogen ist. Denn der Giftzahn des Bolschewismus ist nicht weniger tödlich als der des Militarismus."

g. **Genf, 2. Dezember.** (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Matin" schreibt: „Die Verschiebung der Wahlen zur Nationalversammlung um fast drei Monate zerstört die Erwartungen auf baldigen Frieden. Frankreich kann in seinem eigenen Interesse das Ausweichen der neuen deutschen Regierung vor der Entscheidung durch das Volk nur begrüßen. Frankreich wird nichts dabei verlieren. Die Pariser Börse gibt das richtige Urteil in dem Streichen aller Kursnotierungen über deutsche Papiere ab."

z. **Zürich, 2. Dezember.** (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Secolo" meldet aus Paris: Nach einer Veröffentlichung im „Journal des Débats" belaufen sich Frankreichs Schadenersatzforderungen an Deutschland auf fast 25 Milliarden Franken. Eine Erhöhung der Gesamtsumme ist sehr wahrscheinlich. Die endgültige Festlegung erfolgt in der großen Versailler Ententekonferenz unter Vorsitz Wilsons Anfang Dezember. — Der „Matin" erklärt, die französische Regierung habe vor allem das Recht, Kapital und Zinsen der Kriegssteuer, der Requisitionen sowie den Ersatz für den Paris und den Departements im Jahre 1871 zugefügten Schaden zu fordern, und zwar im ganzen 8 Milliarden, abgesehen von dem Elsaß-Lothringen zugefügten Schaden.

Die englischen Arbeiter haben in einer Versammlung in der Londoner Albert Hall eine Entschließung angenommen, in der u. a. verlangt wird: Gründung eines demokratischen Völkerbundes auf der Grundlage einer Abschaffung der Wehrpflicht, der Abrüstung und des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker, darunter Irlands und der andern zum britischen Reiche gehörenden Völker. Ferner wird die Zurückziehung der alliierten Heere aus Rußland, die sofortige Wiederherstellung der Arbeiterinternationale und die Aufnahme eines internationalen Arbeitsgesetzes in den Friedensvertrag gefordert. Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Gründung einer täglich erscheinenden Arbeiterzeitung 100 000 Pfund Sterling eingegangen sind. Ferner erklärte in der Versammlung Ramsay Macdonald, daß nicht nur die Arbeitsstätten und Industrien, sondern auch die Politik des Parlaments sowie die internationalen Beziehungen unter die Aufsicht der Arbeiterpartei kommen müßten.

Die Besetzung von Aachen

* **Düsseldorf, 2. Dezember**

Am Sonntag nachmittag ist Aachen von zwei Regimentern belgischer Kavallerie besetzt worden, die mit Hörnerklängen bis vor das Rathaus zogen und dort Aufstellung nahmen. Es wurde sofort die belgische Zeit eingeführt, die eine Stunde früher ist als die deutsche und ferner bestimmt, daß alle Lokale um 8 Uhr abends geschlossen sein müssen. Nach dieser Zeit darf sich niemand mehr auf der Straße sehen lassen. Einem Mitglied des Soldatenrates, der vom belgischen Kommandanten empfangen werden wollte, ließ der Kommandant sagen, der Soldatenrat sei abgesetzt und daß von nun an in Aachen nur noch der Oberbürgermeister als Autorität anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen zwei Tage nicht erscheinen. Sie werden einer strengen Präventivzensur unterworfen. Jede Kritik an den Maßnahmen der Entente wird verboten und die politische Haltung der Zeitungen streng überwacht. — Nach einer weiteren Meldung sind in Köln englische Truppen eingerückt.

Die Feststellung der Kriegsschuld

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

☞ **Rotterdam, 30. November**

Die Note der deutschen Regierung an die Entente wegen Einberufung eines neutralen Gerichtshofes zur Feststellung der Anstifter des Krieges findet in der holländischen Presse günstige Aufnahme, der Erfolg der Note wird jedoch bezweifelt. Der „Rotterdamsche Courant" meint, es sei unwahrscheinlich, daß England den Schleier, der die Vorgeschichte des Krieges umgebe, lüften werde. Das Blatt erinnert an gewisse Winke, die General Botha vor Kriegsausbruch an Golf erteilt haben soll über die Rüstung Englands. Die unter dem Einfluß der Haager Ententekreise stehende „Haagsche Post" empfiehlt der deutschen Regierung, die Auslieferung des Exkaisers an Deutschland zu verlangen, weil das die erste Tat wäre, durch die das deutsche Volk das begangene Unrecht anerkennen und gutmachen würde. Deutschland allein müsse die Schuldigen, die es in den Krieg gestürzt hätten, richten.

Nur gemeinsame Veröffentlichung der Geheimakten

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

kg. **Berlin, 2. Dezember**

Wie wir erfahren, macht die Reichsregierung die sofortige Veröffentlichung der Geheimdokumente über die Vorgeschichte des Krieges von der gleichzeitigen Oeffnung der Geheimarchive aller Kriegführenden abhängig.

Neubildung eines Volksheeres in Deutsch-Oesterreich

× **Wien, 30. November**

Der Staatsrat wird der Nationalversammlung in der nächsten Sitzung ein Grundgesetz über die Rechte und Pflichten der Soldaten unterbreiten, woraus folgendes hervorzuheben ist: Durch den Heeresdienst werden die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten nicht berührt. Die Angehörigen der Soldaten erhalten einen Unterhaltsbeitrag. Erleidet der Soldat infolge des Heeresdienstes ohne Verschulden eine Verminderung seiner bürgerlichen Erwerbsfähigkeit oder den Tod, so erhalten er oder seine nächsten Angehörigen eine Rente oder Abfindung. Weitere Bestimmungen betreffen die Einsetzung von Soldatenausschüssen zur Entgegennahme von Wünschen und Beschwerden der Soldaten sowie Ausschließung aus dem Heeresdienst wegen Unwürdigkeit, wobei bestimmt wird, daß der so Ausgeschlossene auch vom Wahlrecht zu den öffentlichen Vertretungskörpern ausgeschlossen wird.

Der Staatsrat wird ferner der Nationalversammlung ein Grundgesetz über das deutsch-österreichische Volksheer unterbreiten, das unter anderm festsetzt: Das Volksheer wird nach dem Grundsatze der allgemeinen gleichen Wehrpflicht gebildet. Die Wehrpflicht wird durch das Landesverteidigungsgesetz geregelt. Die Oberste Leitung und Führung sind dem geschäftsführenden Staatsratsdirektorium übertragen. Die innere Organisation und oberste Verwaltung stehen dem Staatsrate zu. Das Aufgebot kann erlassen werden 1. zur Verteidigung des Vaterlandes gegen Angriffe des Feindes, 2. zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern. Im ersten Falle wird das Aufgebot von der Nationalversammlung erlassen; nur wenn Gefahr im Verzuge ist, kann der Staatsrat das Aufgebot erlassen mit nachträglicher Genehmigung der sofort einzuberufenden Nationalversammlung. Im zweiten Falle erläßt der Staatsrat das Aufgebot, der dies der Nationalversammlung bei der nächsten Tagung zur Kenntnis zu bringen hat.

Die Lage in Deutsch-Böhmen

r. **Reichenberg, 1. Dezember**

Die gesamte tschechische Presse, auch die sozialdemokratische, verlangt plötzlich in auffallend stürmischer Weise, daß mit Deutsch-Böhmen ebenso verfahren werde wie mit der Slowakei. Es sollen alle deutschen Städte sofort militärisch besetzt und jene Personen, die sich auf deutscher Seite hervorragend national betätigen, einfach verhaftet und abtransportiert werden. Deutsche Blätter, die gegen die tschechische Republik schreiben, seien einzustellen. Um für diesen Plan in der tschechischen Oeffentlichkeit Stimmung zu machen, verbreitet das tschecho-slowakische Preßbureau die tendenziöse Meldung, daß aus dem Wiener Arsenal auf dem Wege über Bayern Gewehre, Kanonen, Munition und Handgranaten nach den deutschen Bezirken Böhmens geschafft werden. Und um diese Nachricht glaubwürdiger erscheinen zu lassen, unternimmt die tschechisch-slowakische Republik gegen diese angebliche Verletzung des Waffenstillstandes entsprechende Schritte bei der Entente. Auch bei der bayrischen Regierung wird gegen die angebliche Durchführung von Kriegsmaterial nach Deutsch-Böhmen protestiert.

Dem deutsch-österreichischen Staatsrat ist ein eingehender Bericht über die Besetzung der Stadt Prachatitz im südlichen Deutsch-Böhmen durch tschechisches Militär zugegangen.

Der Gesinnungswechsel der Tiroler

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

m. **Köln, 2. Dezember**

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin: Einer unsrer Mitarbeiter in Berlin hatte mit dem Gesandten der deutsch-österreichischen Republik, Dr. Hartmann, ein längeres Gespräch, dem wir folgendes entnehmen: Die Umwandlung in Deutsch-Oesterreich beschränkt sich nicht allein auf die größeren Städte, sondern hat das ganze Land durchdrungen. Am auffallendsten ist der Umschwung in dem streng katholischen und sonst noch kaisertreuen Tirol. Heute erklärt man dort, man habe im Jahre 1809 die Gewehre nach der falschen Seite, statt gegen die Habsburger gegen die Bayern gerichtet. Schon vor dem Kriege haben die Streitigkeiten zwischen dem hohen und niederen Klerus die Bevölkerung politisch nachdenklich gemacht und den Boden gelockert. Zu Beginn des italienischen Krieges machte die österreichische Regierung den Fehler, die Standschützen, der beinahe die gesamte männliche Bevölkerung im Alter von 15 bis 80 Jahren angehört, zum Kampfe gegen das modern ausgerüstete italienische Heer aufzubieten. Die furchtbaren Opfer, die wir dabei erlitten, haben in erster Linie den Gesinnungswechsel in Tirol hervorgerufen.

Sarajewo zur südslawischen Hauptstadt bestimmt

Das Tschecho-Slowakische Preßbureau meldet aus Agram: Hauptstadt des neuen großserbischen Staates wird Sarajewo sein, wohin auch bereits die erste Nationalversammlung aller Südslawen einberufen worden ist. Die Station für drahtlose Telegraphie in Agram wird in allernächster Zeit fertiggestellt sein.

Der in Agram versammelte südslawische katholische Episkopat faßte Resolutionen, in denen die Bildung des südslawischen Staates begrüßt wird. Der Episkopat erkenne die Notwendigkeit einer Grundbesitzreform zugunsten der ärmeren Bauern an und sei bereit, von dem kirchlichen Grundbesitz den hierzu erforderlichen Boden abzutreten.

„Slovenski Narod" berichtet aus Belgrad: Das neue serbische Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: Präsidium: Pasic, Finanzen: Nasarevic, Inneres: Trifkovic, Oeffentliche Arbeiten: Munovic, Krieg und Uebergangswirtschaft: Dr. Jankovic, Justiz: Kuricic. Im Ministerium sind alle serbischen Parteien vertreten, mit Ausnahme der Liberalen und Sozialisten.

Antrag auf Thronverzicht

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

z. **Basel, 2. Dezember**

Die „Morning Post" meldet aus Belgrad: Die altliberale Partei hat beschlossen, dem Hause Karageorgewitsch den Verzicht auf den Thron anzutragen.

Kundgebung der Deutschen demokratischen Partei

Ltg. **Berlin, 1. Dezember**

Zum erstenmal trat heute die neugegründete Deutsche demokratische Partei mit einer Kundgebung vor die Oeffentlichkeit. Der Zirkus Busch war bis auf den letzten Platz besetzt. Wegen des Massenandranges wurde noch eine zweite Versammlung im benachbarten Börsensaal abgehalten, die ebenfalls überfüllt war.

Der erste Redner war Handelsminister Fischbeck, der über den Zusammenbruch des alten Systems sprach. „Es gilt jetzt aufzubauen. Es ist keine Zeit, zu klagen, wir müssen arbeiten, um zu retten, was noch zu retten ist. Die Interessenkämpfe müssen ausgeglichen werden. Wir wollen Sozialpolitik im besten Sinne treiben und nicht einen umstürzlerischen Sozialismus, aber unter Anerkennung des Menschen als Menschen. Der hat keinen Schimmer von wahrer Demokratie, der das Selbstbestimmungsrecht einzelner Klassen über die Gesamtheit fordert. Wir haben stets gekämpft für das Wahlrecht und für das Selbstbestimmungsrecht. Wir sind eine deutsche Demokratie, wir wollen festhalten am Bestande unsres Reiches. Wir begrüßen die Brüder aus Deutsch-Oesterreich. (Stürmischer Beifall.) Sollte es dem Feinde gelingen, Teile des Reiches abzutrennen, so werden wir nicht ruhen und in alle Gaue den Ruf hinausgehen lassen: Das ganze Deutschland soll es sein!"

Professor Alfred Weber-Heidelberg erhielt als zweiter Redner das Wort: „Wir müssen etwas Neues geistig zusammenschließen. Schmachvoll ist es, daß Leute wie Stinnes und Thyssen heute schon mit der Entente verhandeln, wie ein unter der Entente stehendes Rheinland aufgebaut werden kann. Das sind die Hochverräter. Es ist ein Symbol dieser Tatsachen, daß wir im Osten nicht mehr wissen, wo die Grenzen sind, daß man Stücke abrennen will, die wir zum Leben brauchen. Es ist ein Symbol, wenn der bayrische Ministerpräsident die Beziehungen zum Auswärtigen Amt abbrechen kann. (Stürmische Pfui-Rufe.) Die Revolution ist die Liquidation dieses Zeitalters. Sie ist nichts Vorübergehendes. Neue Ideen müssen kommen zur Umkehrung des alten Prinzips. Ich spreche nicht als „Bürgerlicher", ich bin intellektueller, geistiger Arbeiter und kein Bourgeois. Was die neue Partei vertritt, ist nichts Bürgerliches, sondern etwas, was für das ganze Volk gelten soll. Die Realpolitik Bismarcks beherrschte der Aberglaube, daß Recht und Moral in der Politik keinen Raum haben. Die Politik war ein Geschäft niedrigster Art. Keine Weltidee stand hinter dieser Politik. Die innere Politik war Kuhhandel. Wirtschaftsinteressen beherrschen die Weltpolitik, auf Grund deren wir uns überall eindrängten, wo wir nichts zu tun hatten, bis schließlich die Marokko-Affäre den Weltkrieg veranlaßte. Wirtschaftsinteressen ließen die rechte Zeit des Umsturzes verpassen, das Wahlrecht versumpfen. Das hat bewirkt, daß sich das geistige Element aus der Politik zurückzog. Obwohl Pazifist, unterschätze ich nicht den Machtfaktor, aber die Art, wie wir diese Macht einstellten, war unser Unglück. Wir müssen das Geistige über das Materielle zur Herrschaft bringen. Wir stehen im Gegensatz zu dem materialistischen Dogma der Sozialdemokratie. Sie will den Sozialismus herbeiführen durch äußerliche Maßnahmen, Verstaatlichungen und Diktatur. Wir glauben, daß der Sozialismus in erster Linie Sache der Gesinnung ist und daß mit Verstaatlichung der Betriebe und Produktionsmittel noch nicht das Reich der Zukunft hereinbricht. Staatsbetriebe können bedeuten, daß die Produktion herabgesetzt wird und daß der Anteil des Ertrages, der an die Arbeiter fällt, geringer wird als unter dem Kapitalismus. Wenn das parlamentarische System in der Industrie eingeführt ist, so ist das der erste Schritt zur Sozialisierung. Machtkämpfe unter den Völkern werden trotz Völkerbund weiterbestehen. Eindämmen sind sie nur dadurch, daß man die Kulturgemeinschaft der Völker hervorhebt und die Machtpolitik zurückdrängt. Das ist das Geistige, das wir vertreten." (Stürmischer Beifall.)

Fräulein Elfe Lüders hebt die verantwortungsvolle Pflicht der Frauen hervor, am politischen Wiederaufbau mitzuarbeiten. „Demokratie bedeutet die Reform, in erster Reihe Gerechtigkeit. Sozialismus bedeutet für uns nicht das rote Tuch, aber wir fordern planvolle Ueberleitung, nicht Ueberstürzung."

Hartmann, Vorsitzender der deutschen Gewerkvereine, betont, daß breite Massen der Arbeiter sich nicht der Sozialdemokratie angeschlossen haben: „Diese Massen gilt es zusammenzufassen in der Deutschen demokratischen Partei. Wir wenden uns gegen die Bekämpfung der Arbeiter von rechts und links. Die Klassengegensätze müssen schwinden. Eine Koalitionsfreiheit, welche dem Arbeiter vorschreibt, welcher Gewerkschaft er sich anschließen soll, ist keine Koalitionsfreiheit."

Als letzter Redner sprach Unterstaatssekretär von Berlach: „Der Anspruch auf eine Vorzugsstellung, die Darstellung, als ob das deutsche Volk etwas Besseres sei, hat die Haßstimmung gegen uns erweckt. Die Polen sind zu Preußen auf Grund der größten Infamie der Weltgeschichte gekommen und jahrzehntelang von einer infamen Gesetzgebung unterdrückt worden. Da darf man sich nicht wundern, daß in jedem Polen der Wunsch vorherrscht, von Deutschland loszukommen. (Großer Lärm.) Man muß doch versuchen, sich in die Seelen der andern zu versetzen. Damit sagt man noch nicht, daß man es billigt." Der Redner hofft, daß die Wahlen zur Nationalversammlung ein Koalitionskabinett der Sozialdemokratie mit der Demokratie ergeben werden.

In der kurzen Aussprache führte ein Sekretär

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181203/1